



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 03/2005

Was mich bewegt...

... ist die Unverfrorenheit der Deutschen Wirtschaft, die Steuerreduzierungsschraube immer weiter nach unten drehen zu wollen. Ich finde, es reicht! Vor der großen Steuerreform, die in Schritten bis zu diesem Jahr umgesetzt worden ist, hat natürlich auch die Deutsche Wirtschaft profitiert. Jetzt muss sie sich sagen lassen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen auch zu ihrer Verantwortung gehört. Fordern und Fördern gilt auch für den Umgang mit der Wirtschaft! Denn die hohe Arbeitslosigkeit von über 5 Millionen Menschen ist nicht nur eine statistische Größe nach einer großen Reform am Arbeitsmarkt, die über 5 Millionen Arbeitslosen bleiben vor allem eine volkswirtschaftliche Vergeudung von Kompetenz, Erfahrung und Leistungsbereitschaft!

Auch ein Wegschieben der über 55jährigen - zuerst in das Arbeitslosengeld II, dann in die gemeinnützige Arbeit, wie Herr Weise als oberster Chef der Bundesagentur für Arbeit es sich vorstellt, läuft meinen politischen Vorstellungen und Vereinbarungen zu wider! So geht das nicht, wenn wir ein Renteneinstiegalter wieder schrittweise bis auf 65 Jahre umsetzen wollen, und dann solche Vorschläge kommen – da sind dann intelligentere Programme von der Bundesagentur für Arbeit und eine größere Bereitschaft der Wirtschaft gefordert. Und es ist nicht nur eine Frage von Rot-Grünen Wahlerfolgen - Schleswig-Holstein scheint ja gerade mal noch gut gegangen zu sein und Nordrhein Westfalen steht vor der Tür - es ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe bei der demographischen Entwicklung in unserem Land, gegenüber den Menschen, aber auch gegenüber unserem Sozialstaat, damit unsere Sozialsysteme nicht ständig wieder neu nachjustiert werden müssen.

Nicht zuletzt fand ich die Reaktion erschütternd über die Kommunen, die sich scheinbar mit dem "Wegschieben" von Sozialhilfeempfängern in das Arbeitslosengeld II sehr unterschiedlich verhalten haben - die einen haben sich in unverantwortlicher Weise entlasten wollen - die anderen waren so vorsichtig, dass jetzt weitere Zuweisungen erforderlich sind. Insofern sind alle Statistiken noch nicht belastbar. Wichtig finde ich allerdings für alle Politiker, und gerade von Sozialdemokraten, dass auch in der Sprache klar sein muss, dass es uns um die Menschen geht, für die wir

die Veränderungen durchführen. Da sind Empörungen beispielsweise über Aidskranke und Rollstuhlfahrer, die unter ALG II fallen, für mich zum einen fachlich, zum anderen an Diskriminierung nicht zu übertreffen. Ich erwarte, dass mehr Sachlichkeit in die Umsetzungsphase einzieht!

Ihre Petra Merkel

Aus dem Bundestag

"BEN WISCH" IST TOT

Hans-Jürgen Wischnewski ist am 24. Februar im Alter von 82 Jahren gestorben. Wir haben an den großen sozialdemokratische Politiker in einer Sonderfraktionssitzung am Freitag gedacht. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering erklärte in seiner Ansprache:

"Hans-Jürgen Wischnewski wurde am 24. Juli 1922 im ostpreußischen Allenstein geboren. Sein Vater kam aus Gelsenkirchen als Zollbeamter nach dort. Sein Abitur machte Hans-Jürgen in Berlin. Fünf Jahre - bis 1945 - war er dann im Krieg. Diese Erfahrung hat ihn geprägt und wurde zum Fundament seiner demokratischen Überzeugung und seines lebenslangen Bemühens um friedliche Konfliktlösungen in vielen Teilen der Welt.

1946 trat er der SPD bei und der IG Metall. 59 Jahre gehörte er dazu. Er hat der sozialdemokratischen Idee und unserm Land auf herausragende Weise gedient und viel Gutes für die Menschen bewirkt. Er war ein Politiker mit Leidenschaft und Augenmaß. Sein Lebenswerk war ein Zeichen und Ansporn für viele, bis zuletzt... Hans-Jürgen Wischnewski war Vorsitzender der Jungsozialisten, - der erste nach dem Krieg - 1968 Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter 1969, Schatzmeister der SPD, Mitglied des Parteivorstands, stellvertretender Vorsitzender der SPD. Von 1957 bis 1990 gehörte er ununterbrochen für den Wahlkreis Köln 1 dem Deutschen Bundestag an. In der Großen Koalition bekleidete er ab 1966 für zwei Jahre das Amt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, war später Staatsminister im Auswärtigen Amt.

In seiner Zeit als Staatsminister im Kanzleramt bei Bundeskanzler Helmut Schmidt fiel die größte Bewährungsprobe in seinem politischen Leben: Die Rettung der von Terroristen entführten 90 Geiseln in einem Flugzeug in Mogadischu. Seinem Verhandlungsgeschick war es zu verdanken, dass ihr Leben gerettet werden konnte. Dieses Ereignis war symptomatisch für seine Art, sich einzusetzen, zu kämpfen, die Lösung zu suchen. In zahllosen anderen Fällen hat Hans-Jürgen Wischnewski sein Talent als Krisenmanager bewiesen, besonders in Mittelamerika und im Nahen Osten, dem seine besondere Sorge galt. Früh ist er für einen christlich-islamischen Dialog eingetreten, wissend, dass der Frieden auf der Welt auch den Frieden zwischen den

Weltreligionen braucht. Als Vorsitzender des Nah-Ost Komitees der Sozialistischen Internationale hat er erste Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern vermitteln können. Er war ein Freund der Israelis und ein Freund der Araber und gab damit ein gutes Beispiel für Ausgleich und Versöhnung. Dort werden heute viele um Ben Wisch trauern, den Mann des pragmatischen Handelns und der Leidenschaft für die Sache.

Trotz seines diplomatischen Geschicks war Hans-Jürgen Wischnewski ein kantiger Politiker: Er hatte seine Grundsätze, die er prinzipientreu vertrat, wo nötig deutlich und hart. Aber er war eben auch ein Meister der politischen Analyse, der sich auf neue politische Lagen sicher und schnell einstellen konnte. Mit seinem großen Wissen um internationale Zusammenhänge und seinen persönlichen Beziehungen zu Führungspersönlichkeiten in aller Welt hat er der SPD, Bundesregierungen und unserem ganzen Land gedient... Wir deutschen Sozialdemokraten sind stolz und dankbar, dass Hans-Jürgen Wischnewski einer von uns war. Mit uns trauern viele, in Deutschland und in der Welt.

Wir verneigen uns in Dankbarkeit", so Franz Müntefering.

Ich habe eine ganz persönliche Erinnerung an „Ben Wisch“:

Nach dem Mauerfall hatte ich Gelegenheit, Hans-Jürgen Wischnewski nach Köpenick zu begleiten - denn da ist er zur Schule gegangen und aufgewachsen. Von einem großen Hotel, ich glaube, es war das Kempinski, habe ich in abgeholt und dann sind wir in einer so schweren gepanzerten Limousine gefahren, wie ich es nicht mehr erlebt habe - mit Begleitschutz, den hatte Jürgen Wischnewski nach Mogadischu. Er rauchte Zigarre (in meiner Erinnerung pausenlos) und freute sich wie ein Kind während der Fahrt auf den Weg in die Vergangenheit und war so glücklich über den Fall der Mauer und die Begegnung mit den Genossinnen und Genossen in Köpenick. Er war ein großer, alter, weiser Mann.

MITGLIED IM KURATORIUM DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Am 15. Februar 2005 bin ich in der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion in das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gewählt worden.

Ich freue mich über die Zustimmung meiner Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion. Als neu gewähltes Kuratoriumsmitglied und Politikerin ist es mein Ziel, das demokratische Bewusstsein aller in unserem Land lebenden Kinder und Jugendlichen zu fördern und zu fordern. Mitmachen und Einmischen ist angesagt, gerade für die Jungen. Im Hinblick auf die rechtsradikalen Tendenzen in einigen Teilen der Bevölkerung halte ich es für unbedingt erforderlich, mit dazu beizutragen, dass historische Hintergrundinformationen immer wieder in alle Bevölkerungsgruppen transportiert werden. Nur so schaffen wir die Basis für eine tolerante und friedfertige Gesellschaft.

Mehr über die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpd.de>

ANSPRÜCHE DES BUNDES BEI DER FÖRDERUNG DER AKADEMIE DES DEUTSCHEN SPORTBUNDES ABGEWEHRT

Im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages wurden am Freitag mögliche Ansprüche des Bundesinnenministeriums an der Förderung der ehemaligen Berliner Akademie des Deutschen Sportbundes einstimmig abgewehrt.

Das Bundesministerium des Innern hatte in den Jahren 1977 bis 1984 den Bau und die Erstausrüstung eines Gebäudes für die Führungs-Akademie des Deutschen Sportbundes mit rund 1,9 Mio. Euro gefördert und dabei fast 53 % der Gesamtkosten übernommen. Das Gebäude wurde auf einem Grundstück des Landes Berlin errichtet, das dadurch auch dessen Eigentümer wurde. Der Bund hatte allerdings versäumt, einen Ausgleichsanspruch durch eine Grundschuld abzusichern. Nach dem Umzug der Führungsakademie am 1. Juli 2003 nach Köln überließ der Deutsche Sportbund bis Ende des Jahres 2004 das Haus unentgeltlich dem Landessportbund Berlin. Für die Immobilie ist der Bezirk Tempelhof-Schöneberg zuständig. Künftig ist geplant, dass die ehemalige Führungsakademie des DSB nach einer Vereinbarung des Bezirks Tempelhof-Schöneberg vom Landessportbund übernommen und an die Sportschule angegliedert wird. Damit kann eine Erweiterung des Angebots stattfinden.

Der Rechnungshof wollte mit seinen Bemerkungen im Jahr 2004 eine Rückforderung des Bundes sowohl gegen den Deutschen Sportbund als auch gegenüber Berlin erreichen. Das hielten wir alle nicht für sinnvoll - und haben jetzt eine pragmatische Lösung zu Gunsten des Sports und auch zu Gunsten des Landes Berlin getroffen.

VERFASSUNG FÜR EUROPA

Am 24. Februar debattierten wir im Deutsche Bundestag in 1. Lesung den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines „Gesetzes über eine Verfassung für Europa“. Damit startet auch in Deutschland das Ratifizierungsverfahren zur EU-Verfassung. Zur Ratifizierung ist sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Vertreter aller Parteien sprachen in weitgehender Übereinstimmung von einem «Meilenstein der europäischen Integration» und sicherten eine rasche parlamentarische Behandlung zu. Sie soll vor der Sommerpause abgeschlossen sein.

Mitwirkungsrechte effektiv wahrnehmen

Außerdem haben die Fraktionen von SPD und Grünen zwei Vorlagen zur Stärkung der Mitwirkungsrechte des Bundestages in EU-Angelegenheiten eingebracht (Drs. 15/4925, 15/4936). Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, die bisherigen und die neuen, direkten Mitwirkungsmöglichkeiten für Bundestag und

Bundesrat auf EU-Ebene effektiv wahrnehmen zu können. So werden eine Stabsstelle beim Bundestagspräsidenten eingerichtet und ein Büro in Brüssel eingerichtet.
Warum eine europäische Verfassung?

Die europäische Verfassung wurde ausgearbeitet, um den Anforderungen eines erweiterten Europas gerecht zu werden: ein Europa mit 25 Mitgliedstaaten und 450 Millionen Einwohnern. Mit der Verfassung werden durch einen einzigen Rechtsakt alle derzeitigen europäischen Verträge ersetzt. Sie ersetzt jedoch nicht die nationalen Verfassungen der Länder.

Die Europäische Verfassung definiert die Werte, die wesentlichen Zielsetzungen und die Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union und organisiert ihre institutionellen Mechanismen. Die Verfassung legt nicht nur die Zuständigkeiten der Union fest, sondern auch deren Grenzen, die sie nicht überschreiten darf. Die Union greift nur dann ein, wenn sie das angestrebte Ziel effizienter erreichen kann, als dies auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene möglich wäre. Dieses Prinzip bezeichnet man als Grundsatz der „Subsidiarität“.

Inhalt

Der Verfassungsvertrag bringt große Fortschritte hinsichtlich der sozialen Agenda Europas: So wurde eine gesetzlich bindende Grundrechtecharta in die Verfassung aufgenommen. Solidarität und Gleichheit werden als verbindliche Werte der Europäischen Union angeführt. Zu den neuen Zielbestimmungen zählen neben dem Streben nach einer sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und des sozialen Schutzes, die Solidarität zwischen den Generationen, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie die nachhaltige Entwicklung Europas.

Durch das neu verankerte Mitentscheidungsverfahren wird das Europäische Parlament in Zukunft bei allen wichtigen Entscheidungen ein gewichtiges Wort mitreden. Die Gesetzgebungskompetenz der VertreterInnen der Europäischen Bevölkerung wurde mehr als verdoppelt.

Von Deutschland, insbesondere vom Deutschen Bundestag, muss ein deutliches Signal zur Unterstützung der EU-Verfassung ausgehen. Denn viele unserer europäischen Nachbarländer richten ihre Aufmerksamkeit auf die Ratifizierungsdebatte in Deutschland.

Weitere Informationen, Zeitpläne der Abstimmungen in den europäischen Ländern unter

http://www.spdfraktion.de/rs_rubrik/0,,2912,00.htm

VERBRAUCHERPOLITISCHER BERICHT

In dieser Woche übergab die Bundesregierung den „Verbraucherpolitischen Bericht 2004“ an den Bundestag. Außerdem beschloss der Bundestag einen Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen zum „Bericht der Bundesregierung – Aktionsplan Verbraucherschutz“.

„Wissen was drin ist“

Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die zahlreiche Lebensbereiche umfasst. Anhand der Schwerpunkte der Verbraucherpolitik der Bundesregierung zieht der verbraucherpolitische Bericht Bilanz und gibt Auskunft über Fortschritte und den Stand der Dinge im Verbraucherschutz. Die Bundesregierung verfolgt in ihrer Verbraucherschutzpolitik zwei Leitlinien: den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schutz der Verbraucher/innen und die Stärkung ihrer Selbstbestimmung. Die Fraktionen von SPD und Grünen begrüßen den von der Bundesregierung vorgelegten Verbraucherpolitischen Bericht 2004 und fordern die Bundesregierung auf, die Ziele ihrer Verbraucherpolitik weiter konsequent umzusetzen. Eine erfolgreiche Wirtschaft braucht eine innovative und konsequente Verbraucherpolitik. Eine aktive Verbraucherpolitik ist keine Belastung für eine kundenorientierte Wirtschaft sondern verbessert vielmehr deren Entwicklungsmöglichkeiten.

Aktionsplan Verbraucherschutz

Bereits im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung den Aktionsplan Verbraucherschutz beschlossen, der das verbraucherpolitische Programm der Bundesregierung für diese Legislaturperiode enthält. Die drei Grundsätze des Aktionsplans:

Vorsorgeprinzip beim gesundheitlichen Verbraucherschutz
Vorsorgeschutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher/innen
Stärkung der Eigenverantwortung

Mehr hierzu unter: <http://www.bmvel.de/>

Aus dem Wahlkreis

DIE SPD UND DIE GEWERKSCHAFTEN

Am 22. Februar fand zum Thema "Die SPD und die Gewerkschaften im Zeitalter nach Hartz IV. Und wie weiter?" eine Veranstaltung der SPD-Abteilungen City-Westend, Rund um den Lietzensee und Halensee statt. Zusammen mit Burkhardt Thiemann, Referent für Grundsatzfragen bei ver.di und Klaus Uwe Benneter, MdB und Generalsekretär der SPD, habe ich eine spannende Diskussion über wenig Vergangenheitsbewältigung und dafür mit sehr viel Nachdenklichkeit über eine gemeinsam in politischer Nähe zu gestaltender Zukunft erlebt.

Über fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland erfordern gemeinsame Anstrengungen der SPD und der Gewerkschaften, die Wirtschaft anzukurbeln, neue Produktionslinien zu entwickeln und Arbeitsbereiche zu schaffen. Leider war die Zeit zu kurz, um die vielen unterschiedlichen Vorschläge des Publikums intensiver zu diskutieren. Ein Ergebnis des Abends war allerdings: Wir werden den gemeinsamen Dialog zu Arbeitsmarkt- und Gesellschaftsperspektiven themenorientiert fortsetzen - denn gemeinsame Schnittmengen sind trotz unterschiedlicher Aufgaben vorhanden. Um einige zu nennen: Bildungspolitik - von der Kita bis zur Weiterbildung, Demographie und Sozialstaat, Bürgerversicherung und Mittelstandsförderung. Also: Fortsetzung folgt!

Dies und das

„AUFRUF ZUR DEMONSTRATION - „NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN“

am Samstag, den 5. März 2005, 14 Uhr

Start ist am Rathaus Neukölln und dann über den Herrmannplatz zum Heinrichplatz.

Am 7. Februar 2004 wurde Hatin Sürücü in Berlin getötet. Dieser Mord schockiert und entsetzt uns. Ein Mord als Spitze von Unterdrückung, Demütigung und Gewalt. In unserer Stadt werden unzählige Frauen von ihren Partnern und Familienangehörigen beschimpft, geschlagen, missbraucht und sogar getötet.

Wir wollen, dass das aufhört.

Lasst uns gemeinsam durch die Stadt ziehen und klar machen, dass Frauen ein Recht auf ein gewaltfreies, selbstbestimmtes Leben haben und dass wir dieses Recht laut und deutlich einfordern. Es gibt keine Entschuldigung für Gewalt an Frauen.“

Es rufen auf:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Feministisches Frauen Gesundheits Zentrum e.V., Berlin

PDS-Fraktion Friedrichshain-Kreuzberg

Terre des Femmes e.V.

VISDP: Barbara Seid, c/o Roter Laden, Weidenweg 5, 10249 Berlin

DIE KRAFT DER IDEE IST STARK

Im Rahmen der Debatte um ihr neues Grundsatzprogramm veranstaltete die SPD am 23. Februar ihr erstes Programmforum zum Thema „Wohlstand - heute und morgen“.

Während des Programmforums diskutierten der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering, Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sowie das SPD-Präsidiumsmitglied Andrea Nahles mit externen Experten unter anderem über die

Frage diskutiert, wie Wirtschaft und Arbeit in Zukunft gestaltet und ein hoher Wohlstand für alle erhalten werden kann.

Dazu erklärte der Franz Müntefering: „Wir wollen Wohlstand für alle und wir verstehen die soziale Marktwirtschaft als zentrales Instrument dafür“. Die SPD sei heute die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Sie trete dafür ein, Wirtschaft politisch so zu gestalten, dass alle ein gerechtes Stück vom Kuchen gesellschaftlicher Wertschöpfung abbekämen.

Die Welt erlebe einen rasanten Wandel: Die Globalisierung, neue Konflikte, der Strukturwandel der Wirtschaft, die neue Rolle der Finanzmärkte, die Internet-Revolution und der demografische Wandel würden die SPD veranlassen, einen künftigen Weg der sozialen Demokratie neu zu organisieren. „ Das Programm soll die Grundlagen und Ziele unserer Politik heute und morgen beschreiben: Deklaration der sozialdemokratischen Idee für die ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts“, so Müntefering. Er sei sicher, dass das gelingen würde. Die Kraft der sozialdemokratischen Idee sei stark.

Die SPD wird auf ihrem ordentlichen Bundesparteitag 2005 ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Der Weg dorthin ist ein Prozess der Meinungs- und Entscheidungsbildung innerhalb der SPD sowie des Dialogs mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über Werte und Ziele sozialdemokratischer Politik jetzt und in Zukunft.

MILLIONEN STEMPEL GEGEN FREMDENFEINDLICHKEIT:

Auch ich nehme an der Aktion „Millionen Stempel gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“ teil. Jeder und jede, die einen Brief von mir erhalten haben, dürften den Stempel kennen.

Viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag haben auf Anregung des Dortmunder Kollegen Marco Bülow einen (oder auch mehrere) Stempel bestellt. Inzwischen dürften wohl mehr als eine Millionen Briefe insgesamt gestempelt worden sein.

Achten Sie mal drauf, wenn Sie einen Brief von mir erhalten: „Petra Merkel sagt NEIN zu Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung“.

Mehr zu der Aktion

<http://www.planerladen.de/antidisk2.html>

Termine

TANZ IN DEN MAI

Die SPD-Charlottenburg tanzt wieder in den Mai – gerne mit Ihnen:

... und zwar am Samstag, den 30. April 2005, ab 19.30 Uhr im San Marino, Prager Platz 1-3, 10779 Berlin. Buffet und Musik kosten € 13 pro Person. Karten erhalten Sie ab dem 25. Februar 2005 im SPD-Bürgerbüro, Goethestraße 80 (Telefon: 31 01 54 45).

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 11. März 2005 von 16.00 bis 18.00 Uhr. Wenn Sie Interesse an einem Termin haben, melden Sie sich bitte telefonisch an unter 030 – 313 88 82 oder 030-227-77262.